

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

30. Januar 2020

Klausur des LACDJ am 25. Januar im Kloster Schöntal

Zur Planung des politischen Jahres 2020 hat sich der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) der CDU Baden-Württemberg im Kloster Schöntal getroffen. Ein Schwerpunkt war dabei die Reform des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag und das 50-jährige Jubiläum des LACDJ.

CDU-Juristen im Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Steffen Bilger MdB



links: LACDJ-Vorsitzender Dr. Alexander Ganter, rechts: PSts Steffen Bilger MdB

Der Bezirksvorsitzende der CDU Nord-Württemberg und Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Steffen Bilger MdB gab zunächst einen Überblick über die Diskussion zur Wahlrechtsreform zur Wahl des Deutschen Bundestags. Vor zwei Jahrzehnten wurde die Mindestzahl der Abgeordneten auf 598 Plätze gesetzlich festgelegt. Wegen Überhang- und Ausgleichsmandaten wuchs der Bundestag zuletzt aber immer stärker. Aktuell sitzen 709 Abgeordnete im Bundestag. Die Prognose für die nächste Wahl geht von über 800 Sitzen aus. Vorschläge für eine Lösung des Problems

gebe es viele. Von einer Einigung sei man aber noch weit entfernt, so Bilger. Er rechne im Moment damit, dass die Zahl der Wahlkreise verkleinert werde.

Einig sei man sich bei den Fragen der Zuwanderung. Einen „Spurwechsel“ vom Asylbewerber zum Arbeitsmigranten darf es nicht geben. „Hier brauchen wir eine klare Linie“, erklärte Steffen Bilger. Wer kein Aufenthaltsrecht bekomme, müsse wieder gehen.

Die Maut sei für diese Wahlperiode erledigt. Über mögliche Änderungen des Mautsystems werde man aber nach der nächsten Bundestagswahl nachdenken müssen. Für den Klimaschutz sei es notwendig, die Bürger in die Züge zu bringen. Das funktioniere aber nur, wenn die „Schienen schneller gebaut“ werden könnten. Hier verwies Bilger auf das vom Bund erlassene Maßnahmenvorbereitungsgesetz, durch das bedeutende große Infrastrukturmaßnahmen in ihrer Umsetzung beschleunigt werden sollen. Guido Wolf habe über den Bundesrat versucht, den Ausbau der Gäubahn für eine solche Maßnahme anerkennen zu lassen. Der Grüne Verkehrsminister Herrmann habe dieses Ansinnen blockiert. „Das ist also der Klimaschutz im Sinne der Grünen im Land“, bemerkte der LACDJ-Vorsitzende Dr. Alexander Ganter.

Anschließend legte der LACDJ-Vorstand die Schwerpunkte des kommenden Jahres fest. Der LACDJ wird, wie schon vor fünf Jahren, einen Entwurf für das rechtspolitische Wahlprogramm der CDU aufstellen. Dazu will man auf die notwendige Verbesserung der E-Akte, der Fachprogramme und auf die Datensicherheit eingehen. Der anstehende „Peak“ von Pensionierungen in der Justiz erfordere Anstrengungen zur Gewinnung von gutem Nachwuchs und innovative Lösungen für die Weiterbeschäftigung von Pensionären, etwa im Bereich von Ausbildung und Unterstützung von Assessoren. Auch die Personalsituation im Service-Bereich müsse verbessert werden.

Der Höhepunkt des Jahres wird die Landestagung am 17./18. Juli sein, bei der der LACDJ sein 50-jähriges Bestehen feiern will.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.